

KINDER BRAUCHEN CHANCEN UND PERSPEKTIVEN

Aktuelle Infos zur hessischen Bildungspolitik finden Sie unter:

www.spd-fraktion-hessen.de



Thorsten Schäfer-Gümbel sucht als Oppositionsführer im Hessischen Landtag aktiv die Auseinandersetzung mit der Landesregierung. Hart in der Sache und fair im Ton, geht es ihm um eine neue Politik für Hessen: modern in den Inhalten und konstruktiv im Stil. „Niemand wird zurückgelassen“, lautet das Grundprinzip seiner Politik – egal ob in der Schul- und Bildungspolitik, der Sozial- oder der Arbeitsmarktpolitik. Das heißt auch: Jedes Kind muss die Chance auf bestmögliche Bildung erhalten – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Impressum

Herausgeber: Gert-Uwe Mende (V. i. S. d. P.), SPD-Landtagsfraktion, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350-519, Fax: 0611/350-511
www.spd-fraktion-hessen.de, info@spd-fraktion-hessen.de
Erscheinungsdatum: Januar 2012
Redaktion: Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit
Martin Rabanus, Referent für Bildung
Gestaltung: augenfällig, Wiesbaden
Titelbild: © contrastwerkstatt - Fotolia.com
Rückseite: © contrastwerkstatt - Fotolia.com



LANDESREGIERUNG KÜRZT BEI BILDUNGS- UND ERZIEHUNGSPLAN

Gerhard Merz, MdL

Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) ist bundesweit der einzige, der die Altersstufe von null bis zehn Jahren umfasst. Er ist die Grundlage für die gemeinsame, system- und einrichtungsübergreifende Arbeit in Kita und Grundschule. Leider ist die Umsetzung des BEP nie von einer entsprechenden

Ressourcenausstattung flankiert worden. Das gilt auch für die Gestaltung der Zusammenarbeit

zwischen Kita und Schule. Der reibungslose Übergang von der Kita zur Grundschule ist aber von entscheidender Bedeutung. Der beste Bildungs- und Erziehungsplan nützt nichts, wenn Informationen verloren gehen, weil die Kooperation fehlt. Deshalb ist es unverständlich, dass das Kultusministerium die Wochenstundenzahl der Kooperationslehrkräfte in der Fachberatung von 28 Stunden auf zwölf Stunden pro Schulamtsbezirk und damit auf weniger als die Hälfte einer Lehrerstelle gekürzt hat.

Laut BEP müssen Kindertagesstätte und Grundschule beim Übergang des Kindes intensiv zusammenarbeiten. Dazu müssen jeweils sogenannte Tandems gebildet werden, die aus mindestens einer Grundschulleitung und einer Kindertagesstättenleitung bestehen. Nur wenn diese Voraussetzung gegeben ist, können die

betreffenen Lehr- und Erziehungskräfte an den entsprechenden Weiterbildungen teilnehmen. Auch die

Fachberater/-innen sollen gemeinsam mit dem Tandem an der Weiterbildung teilnehmen. Von den 1.189 Grundschulen in Hessen haben lediglich 479 feste Tandems gebildet. Die vorgenommene Kürzung kann nicht im Sinne der flächendeckenden Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans sein. Wenn die Umsetzung des BEP eine so große Bedeutung hat, darf jetzt die Zahl der Fachberater/-innen nicht zurückgefahren werden. Hier widerspricht sich die Landesregierung selbst. Leider tut sie das dauernd!

DER BESTE BILDUNGS- UND ERZIEHUNGSPLAN NÜTZT NICHTS, WENN INFORMATIONEN VERLOREN GEHEN, WEIL DIE KOOPERATION FEHLT.



LEHRERZUWEISUNG AN DEN BERUFLICHEN SCHULEN IM SCHULJAHR 2011/2012 – EIN WINTERMÄRCHEN

Dr. Michael Reuter, MdL

Wenn man die Kultusministerin hört, dann werden alle Schulen bis zum Ende der Wahlperiode über eine 105-prozentige Lehrerzuweisung verfügen können. Wie aus diesen 105 Prozent in Zukunft alles (Schulsozialarbeit, Ganztagschule, selbstständige Berufsschule, Hessencampus usw.) bewerkstelligt werden soll, obwohl keiner weiß, wie das funktionieren soll, ist und bleibt eines der großen Geheimnisse der Kultusministerin.

Ebenfalls ein großes Rätsel bleibt, wie denn die Berechnungsgrundlage für die 105 Prozent ermittelt wird. Einen Vorgeschmack, wie das Kultusministerium den Rot-

stift bei der Lehrerzuweisung ansetzt, haben die beruflichen Schulen in jüngster Zeit erfahren müssen. Denn diesen wurde vom Ministerium mitgeteilt, dass sie nur dann eine Zuweisung an Lehrerstunden in vollem Umfang für den Religionsunterricht erwarten können, wenn dieser auch tatsächlich erteilt wird.

Dass anstelle des nicht gehaltenen Religionsunterrichts die Schülerinnen und Schüler dann in einem anderen Unterrichtsfach unterrichtet werden sollten, für welchen man ebenfalls Unterrichtsstunden benötigt, dies scheint sich noch nicht bis in das Ministerium herumgesprochen zu haben.

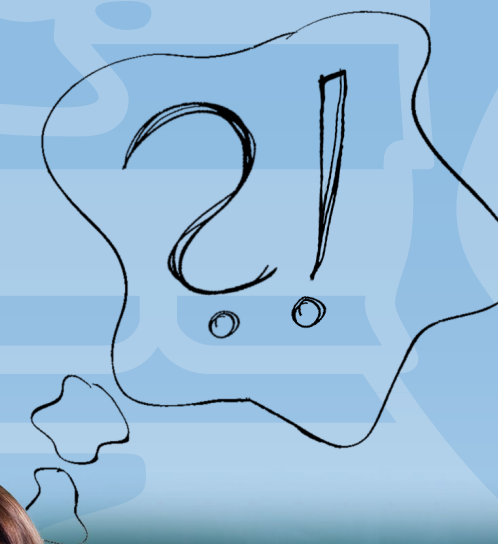


HESSENGERECHT.



SCHULINFO

DER SPD-LANDTAGSFRAKTION HESSEN ZUR BILDUNGSPOLITIK 2012





Das Einzige, worauf man sich im Kultusministerium verlassen kann, ist die Unzuverlässigkeit der Kultusministerin. 68,3 Mio. Euro sollen im Bildungsetat eingespart werden. Seit diese Zahl bekannt wurde, wurde die Öffentlichkeit fast täglich mit neuen Zahlen und Kürzungsplänen konfrontiert. Aus den 15 staatlichen Schulämtern sollten erst neun werden, dann sechs, und über allem geisterte das Konstrukt einer zentralisierten Bildungsverwaltung ohne Anbindung an die Schulen vor Ort. Dann verkündete die Kultusministerin vor der Sommerpause die Rolle rückwärts und den Erhalt aller staatlichen Schulämter. Ursache für den Sinneswandel war wohl weniger die Tatsache, dass eigenverantwortliche Schule ohne Unterstützungssysteme vor Ort scheitern muss, als vielmehr der vehemente Widerstand des Koalitionspartners. Die Sparauflage dagegen blieb – und das Versprechen, es werde nicht am Unterricht gekürzt. Mit den Plänen, 32 Mio. Euro bei der Lehrerbildung zu sparen, erwies sich auch dieses Versprechen als nichtig. Der nächste Koalitionskrach brachte wiederum einen Sinneswandel der Kultusministerin, die jetzt verspricht, auch die Referendarsstellen bleiben erhalten – jedenfalls einige oder fast alle, vielleicht auch nur als Leerstellen im Stellenplan. Denn das Dilemma der Sparvorgabe bleibt. Und deshalb soll das zentrale Landesschulamt entstehen, das eigentlich längst vom Tisch war (wir erinnern uns). 15 staatliche Schulämter bleiben dem Namen nach erhalten. Welche Aufgaben sie zukünftig noch haben, bleibt im Ungewissen. Und der Staatssekretär muss zum Ende des Jahres gehen. Die Kultusministerin dagegen bleibt – auch dies ist eine zuverlässige Information. Zum Wohl der hessischen Schulen ist sie allerdings nicht.

Heike Habermann, MdL
Bildungspolitische Sprecherin



SPD SETZT AUF GUTE BILDUNG – KLARER SCHWERPUNKT FÜR DEN HAUSHALT 2012

SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

Gute Bildung ist die zentrale soziale Frage unseres Jahrhunderts – und das erste Jahrzehnt ist leider schon wieder vertan. Leider zeigt die Landesregierung immer wieder, dass außer Sonntagsreden nichts von ihr zu erwarten ist. Und dies belegen die Sparvorgaben des Haushalts 2012 im Bildungsbereich erschrecken eindeutig.

Als SPD-Fraktion haben wir klare Alternativen formuliert und sie inhaltlich in unserem Schulgesetzentwurf niedergelegt: Individuelle Förderung, Stärkung der frühen Bildung und des gemeinsamen Lernens, mehr Ganztagschulen, Ausbau der Schulsozialarbeit und die Umsetzung der Inklusion sind nur wenige Stichworte. Zum Haushalt 2012 haben wir diese Inhalte nun auch mit Finanzmitteln hinterlegt. Denn Erfolg oder Misserfolg von Schule hat ganz wesentlich mit den bereitgestellten Ressourcen zu tun. Das wissen wir.

In einem ersten Schritt wollten wir als SPD-Fraktion rund 55 Mio. Euro für diese Zielsetzungen zur Verfügung stellen – teils durch Umschichtungen, teils als zusätzliche Finanzmittel. Leider haben die Regierungsfaktionen all das abge-

lehnt. Sie machen lieber weiter wie bisher: ideenlos, mutlos, konzeptlos.

Alles Reden, alle Argumente helfen bei dieser Landesregierung nicht – sie bleibt stur auf ihrem verlorenen Posten. Es gibt nur eine Möglichkeit, in Hessen eine andere Politik zu erreichen: den Regierungswechsel, und die SPD ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Ihr
Thorsten-Schäfer-Gümbel, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender



INKLUSION WIRD AUSGEBREMST

Heike Habermann, MdL

Mit dem neuen Schulgesetz und der dazugehörigen Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung wird in Hessen die UN-Konvention über die Rechte Behinderter konkretisiert und die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems verhindert. Der Ressourcenvorbehalt im Gesetz und das Zurückschrauben von sonderpä-



LEBENSBEGLEITENDES LERNEN FÖRDERN

Lisa Gnadt, MdL

Angesichts des Übergangs zur Wissensgesellschaft bedeutet „lebensbegleitendes Lernen“ nicht nur eine Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger, sich weiterzubilden, sondern auch an Wirtschaft und Politik, für entsprechende Angebote zu sorgen. Doch hier wird die Landesregierung ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Nach dem Willen von CDU und FDP soll die Förderung der Weiterbildung trotz steigenden Bedarfs auch in den kommenden Jahren stagnieren. Für den Landeshochschulverband soll die Unterstützung auf dem Niveau des Jahres 2000 eingefroren werden. Angesichts des Kaufkraftverlusts sinkt die Förderung damit real. Mit der Streichung des Innovationspools

fällt zukünftig sogar das Instrument zur Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung weg. Mit lediglich sechs Prozent Landesanteil liegt Hessen bei der Weiterbildungsförderung an letzter Stelle der Bundesländer. Das passt mit dem Slogan vom Bildungsland Hessen nicht zusammen. Die SPD hingegen setzt sich für eine kontinuierliche Weiterentwicklung des lebensbegleitenden Lernens in Hessen ein, auch in finanzieller Hinsicht. Daher hat die SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1 Mio. Euro im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Landesregierung für den Innovationspool und die Weiterbildung in Hessen beantragt.

dagogischer Förderung in der Regelschule schlagen sich auch im Haushaltsentwurf 2012 nieder. Keinen einzigen zusätzlichen Euro hat die Landesregierung für Inklusion vorgesehen. Kinder mit Förderbedarf, die in der Regelschule aufgenommen werden, müssen auf die notwendige Förderung ganz oder teilweise verzichten. Oder

sie werden unter Hinweis auf fehlende Ressourcen gar nicht erst dort eingeschult. Verhindert wird nicht nur die inklusive Schule, verhindert wird auch, dass sich Lehrkräfte an der allgemeinbildenden Schule positiv mit den Chancen von Inklusion und Vielfalt auseinandersetzen können. Ohne die notwendigen Fortbildungs-



LEHRERAUSBILDUNG NICHT GEFÄHRDEN – REFERENDARE EINSTELLEN!

Brigitte Hofmeyer, MdL

Die SPD hält es für unverantwortlich, Stellen für Referendare und Ausbilderstellen für Lehrkräfte zu streichen. Mit Blick auf den hohen Altersdurchschnitt und die bevorstehende Pensionierungswelle müssen mehr und nicht weniger Lehrerinnen und Lehrer

ausgebildet werden. Schon heute beklagen wir fehlende Lehrkräfte insbesondere in Mangelfächern wie den Naturwissenschaften. Angehenden Lehrerinnen und Lehrern den notwendigen zweiten Teil ihrer Ausbildung zeitnah zu verwehren, wird dazu führen, dass sich viele in andere Bundesländer orientieren und Hessen damit sehen den Augen auf einen Lehrermangel zusteuert.

Selbst Grundschulen schlagen derzeit Alarm, weil sie keine Lehrkräfte für Vertretungsfälle finden. Und es ist ein Skandal, wenn man diese Personallücken nun mit halb ausgebildeten Lehrkräften schließen will, anstatt sie zunächst einmal fertig auszubilden.

... MÜSSEN MEHR UND NICHT WENIGER LEHRERINNEN UND LEHRER AUSGEBILDET WERDEN

Mit dieser Lehrerbildungspolitik vergibt die Landesregierung Chancen für Qualitätsverbesserungen, für die Verkleinerung von Klassen, für bessere Ganztagsangebote oder verbesserte Lehrerverzuweisung. Wir fordern, den angehenden Lehrerinnen und Lehrern ohne Wartezeit das notwendige Referendariat zu ermöglichen und die Lehrerbildung nicht weiter zu gefährden.

möglichkeiten und ohne die Unterstützung durch sonderpädagogische Fachkräfte im Unterricht ist die Gefahr groß, dass Lehrer und Lehrerinnen inklusiven Unterricht ablehnen. Und Eltern verzichten auf das Recht ihres Kindes, weil sie Angst haben, es werde im Klassenverband isoliert. Aber vielleicht sind das Folgen, die von

der hessischen Kultusministerin billigend in Kauf genommen werden. Mit 20 Mio. Euro will die SPD-Fraktion im Haushalt 2012 ein Signal setzen für den Umbau unseres Schulsystems und Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt. Lernen in Vielfalt und Akzeptanz gibt es nicht zum Nulltarif.